



## PROGRAMMATISCHE AUSSAGEN

### Programmatische Aussagen der Bundesmitgliederversammlung 2025 des Kinderschutzbundes

#### **B20. „Gerechtes Wohnen für Kinder und ihre Familien“**

Antragsteller\*in: Landesverband Schleswig-Holstein und Kreisverband Ostholstein

Antragstext

##### **Gerechtes Wohnen für Kinder und ihre Familien**

Der Kinderschutzbund sieht die Bedeutung von angemessenem, inklusivem und bezahlbarem Wohnraum für Familien und benachteiligte Gruppen als wichtiges Thema an. Es wäre daher wünschenswert, wenn die Gliederungen des Verbandes konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation ergreifen:

##### **Engagement für bezahlbaren Wohnraum**

Der Kinderschutzbund setzt sich künftig verstärkt für den Zugang zu bezahlbarem, inklusivem und kinder- und familiengerechtem Wohnraum ein. Sowohl kinderreiche Familien als auch Alleinerziehende benötigen ihren Bedürfnissen entsprechenden Wohnraum. Besonderes Augenmerk muss auf Familien gelegt werden, die von Armut betroffen oder bedroht sind. Der Kinderschutzbund wird sich auf politischer und lokaler Ebene für die Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnmöglichkeiten einsetzen. Dabei kommt es neben direkter Förderung von Mieter\*innen insbesondere auf eine Kombination aus Mietpreisregulierung, sozialem Wohnungsbau, Leerstandsmanagement und der Förderung alternativer Wohnformen an. Gegen Immobilienspekulation sind Maßnahmen zu ergreifen.

##### **Unterstützung von Careleaver\*innen**

*Besonders Careleaverinnen, also junge Menschen, die aus der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit entlassen werden, stehen vor großen Hürden bei der Wohnungssuche. Ihnen fehlen häufig Bürginnen, finanzielle Rücklagen oder stabile soziale Netzwerke. Der Kinderschutzbund wird sich dafür einsetzen, dass spezielle Unterstützungsmaßnahmen für Careleaver\*innen geschaffen werden.*

##### **Wohnraum für junge Menschen**

Jungen Menschen in Ausbildung ist es kaum möglich, mit ihren Ausbildungseinkünften Mietsicherheiten etc. allein zu begleichen; gefordert sind außerdem immer häufiger Bürgschaften. Für junge Menschen wird der Schritt in die erste eigene Wohnung und damit ein wichtiger Aspekt der Verselbstständigung



zunehmend erschwert. Das Sonderprogramm „Junges Wohnen“ des BMWWSB, das gezielt jungen Menschen, die sich in Ausbildung oder Studium befinden, den Zugang zu Wohnraum erleichtert, sollte aus Perspektive des Kinderschutzbundes ausgebaut werden. Es sind mehr Studierendenwohnheime und Auszubildendenwohnheime vorzuhalten.

### **Soziales Mehrgenerationenwohnen**

Soziales Mehrgenerationenwohnen fördert ein gutes Miteinander der Generationen und ein gemeinschaftliches Zusammenleben. Kinderfreundliche Hausordnungen und gegenseitige Unterstützung im Alltag stärken den sozialen Zusammenhalt und schaffen eine stabile Wohnumgebung für alle Altersgruppen, in denen Kinder, Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen voneinander profitieren können. Der Kinderschutzbund setzt sich dafür ein, solche Wohnprojekte gezielt zu fördern und auszubauen, um Familien und Einzelpersonen eine nachhaltige und unterstützende Wohnform zu bieten.

### **Sensibilisierung der Öffentlichkeit & Netzwerkarbeit**

Der Kinderschutzbund wird mit Nachdruck darauf hinwirken, dass die Verbindung zwischen Armut und Wohnungsnot stärker in den öffentlichen und politischen Diskurs eingebracht wird. Deshalb wird der Kinderschutzbund neue strategische Kooperationen im Themenfeld gerechtes Wohnen schließen, etwa mit Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsgenossenschaften, Vermieterinnen, *Interessenvertretungen und anderen relevanten Akteurinnen*. Dabei wird auch darauf hingewiesen, dass Wohnungsnot und erschwerter Zugang zu Wohnraum sowohl in urbanen Zentren als auch in ländlichen Gebieten auftreten. Gerade auf dem Land erschwert häufig mangelnde Mobilität und schlechte Erreichbarkeit von Ausbildungs- und Arbeitsstellen die Wohnsituation von Familien zusätzlich.

### **Projekte zur Wohnraumvermittlung und zur Erschließung von sozialem Wohnraumpotenzial**

Der Kinderschutzbund startet ggf. entsprechende Initiativen oder Projekte, um mit modellhaften Beispielen zu zeigen, dass Wohnraumvermittlung mit besonderer Herangehensweise und mit besonderen Betreuungsstrukturen möglich ist.

Beschlossen in Saarbrücken, Mai 2025